

Bericht und Abänderungsantrag

des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses über den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly auf Fassung einer EntschlieÙung (Beilage 1742) betreffend "Sofortige Aufklärung betreffend den Sicherheitsstand und die Ausbaupläne des grenznahen Atomkraftwerks Mochovce" (Zahl 21 - 1237) (Beilage 1798).

Der Rechtsausschuss und der Umweltausschuss haben den selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend "Sofortige Aufklärung betreffend den Sicherheitsstand und die Ausbaupläne des grenznahen Atomkraftwerks Mochovce", in ihrer 18. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 15. Mai 2019, beraten.

Landtagsabgeordnete Karin Stampel wurde zur Berichterstatteerin gewählt.

Nach ihrem Bericht stellte Landtagsabgeordnete Karin Stampel einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von der Landtagsabgeordneten Karin Stampel gestellte Abänderungsantrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Umweltausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag des Landtagsabgeordneten Manfred Kölly auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend "Sofortige Aufklärung betreffend den Sicherheitsstand und die Ausbaupläne des grenznahen Atomkraftwerks Mochovce", unter Einbezug der von der Landtagsabgeordneten Karin Stampel beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Eisenstadt, am 15. Mai 2019

Die Berichterstatteerin:

Karin Stampel eh.

Der Obmann-Stellvertreter des Rechtsausschusses als Vorsitzender der gemeinsamen Sitzung:
Mag. Steiner eh.

*Frau
Präsidentin des Burgenländischen Landtages
Verena Dunst
Landhaus
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt am 15. Mai 2019

Abänderungsantrag

der Landtagsabgeordneten Ingrid Salamon, Géza Molnár, Kolleginnen und Kollegen zum selbständigen Antrag Zahl 21 - 1237, welcher abgeändert wird wie folgt:

Der Landtag wolle beschließen:

Beschluss

des Burgenländischen Landtages vom betreffend „Ausstieg aus der Atomenergie – Stoppt Mochovce jetzt“

Der Burgenländische Landtag hat sich bereits wiederholt für einen europaweiten Ausstieg aus der Energiegewinnung durch Kernkraft ausgesprochen. Vor allem die Atomkraftwerke in Grenznähe – eines jeweils in Slowenien und in Ungarn, zwei in der Slowakei – stellen für das Burgenland ein unverantwortbares Sicherheitsrisiko dar.

Das Gefährdungspotential von Atomkraftwerken macht vor Staatsgrenzen keinen Halt und erfordert einen transnationalen Schulterschluss, der eine Stilllegung aller Kraftwerke bei gleichzeitiger Forcierung der nachhaltigen Energiegewinnung zum Ziel hat.

Auch die österreichische Bundesregierung vertritt einen strikten Anti-Atom-Kurs und muss sich in weiterer Konsequenz auf EU-Ebene massiv für einen Ausstieg aus der Erzeugung von Atomstrom einsetzen. Es darf nicht passieren, dass die Atomkraft eine ungestörte Renaissance erlebt.

Der slowakische Reaktor Mochovce 3 sollte nach 34 Jahren Bauzeit, trotz völlig veralteter Technologie und gravierender Sicherheitsmängel, im Juli 2019 in Betrieb gehen. Whistleblower, die Vereinigung der Betreiber von Nuklearanlagen (WANO) und selbst die slowakische Aufsichtsbehörde bestätigen die bautechnischen Mängel und Risiken. Eine zugesagte grenzüberschreitende Prüfung ist bisher nicht passiert. Aufgrund des Widerstandes aus Österreich wurde die Inbetriebnahme, laut Betreibergesellschaft, auf Anfang 2020 verschoben. Bundeskanzler Kurz ist jetzt gefordert, wie im Regierungsprogramm angekündigt „mit allen Mitteln“ die Inbetriebnahme des Risikoreaktors zu verhindern

Der Landtag hat beschlossen:

Der Burgenländische Landtag fordert die Landesregierung auf an die Bundesregierung heranzutreten,

- 1) den bisherigen Weg fortzusetzen und den politischen Druck, auf die slowakische Regierung sowie auf die Betreiberfirma Slovenske Elektrarne (SE), aufrecht zu erhalten.
- 2) alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Inbetriebnahme des 3. und auch des 4. Blocks zu verhindern.

3) sich in weiter Folge auf europäischer Ebene für folgende energie- und umweltpolitische Ziele einzusetzen:

- für einen europaweiten Ausbaustopp von Atomkraftwerken,
- gegen die Verwendung von EU-Geldern für Laufzeitverlängerungen von Atomanlagen oder zur sonstigen Unterstützung der Kernenergie,
- für eine ausschließliche Verwendung von EURATOM-Gelder nur noch für konkrete, frühzeitige AKW-Stilllegungen deutlich vor dem geplanten Laufzeitende der jeweiligen Anlage oder für den Ausbau der erneuerbaren Energien und Energieeffizienzmaßnahmen,
- für einen verbindlichen Plan zum europaweiten Ausstieg aus der Energiegewinnung durch Kernkraft,
- für die Forcierung nachhaltiger Formen der Energiegewinnung als Ausstiegsweg aus der atomaren Energiegewinnung,
- sollte keine Richtungsänderung von EURATOM verhandelbar sein, soll ein Ausstieg Österreichs aus EURATOM angestrebt werden.